

1. Mai-Feier 2010 in Lengnau BE

Rede von Beat Jost, Leiter Unia Regio Biel-Seeland / Kanton Solothurn

Liebe Kolleginnen und Kollegen
Liebe Genossinnen und Genossen
Geschätzte Damen und Herren

Es gibt keinen Tag im Jahr eines Gewerkschafters, an dem man lieber aufsteht als am 1. Mai. Es ist unser Feiertag. Der Tag der Freundschaft und der Solidarität miteinander. Wir wollen kundgeben: Schaut her Kolleginnen und Kollegen, wir sind da - und wir sind viele. Wir werden am 1. Mai die Dinge nicht verändern und nicht verbessern.

Wir wollen aber Mut schöpfen und Kraft tanken für das, was wir jahrein, jahraus täglich immer wieder – im Kleinen wie im Grossen – einfordern müssen:

Soziale Gerechtigkeit, gesellschaftliche Solidarität und Wertschätzung für die Lohnabhängigen, die Arbeitenden, die Arbeitslosen, die Rentnerinnen und Rentner, die Migrantinnen und Migranten. Kurzum für alle, die auch in unserer Gesellschaft mehr oder minder unten durch müssen.

Ich bin heute speziell gerne aufgestanden, um hier nach Lengnau zu kommen. Ich sagte mir: Lieber bei den Spatzen auf dem Land, als bei den Tauben in der Stadt.

Apropos Spatzen: In der Unia Biel-Seeland / Kanton Solothurn sind es zwei sehr taffe Legnauerinnen, die ganz mächtig die Flügel schlagen und für nötigen Aufwind sorgen:

- Gewerkschaftssekretärin Margrit Gatschet, die ihr alle als sehr umsichtige Leiterin des Sekretariates Lengnau kennt und die ab September das neue Vollzeitsekretariat Grenchen-Lengnau im Herzen von Grenchen leiten wird.
- Und es ist Sonia Savini, die unsere regionale Arbeitslosenkasse Biel-Seeland / Kanton Solothurn leitet und mit ihren mittlerweile 11 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schweizweit die leistungsfähigste Unia-Arbeitslosenkasse führt.

Posso dire qui: Sonia e veramente un passero coraggioso con un grande cuore.

Wir brauchen Kolleginnen wie Margrit und Sonia. Und wir brauchen Kolleginnen und Kollegen wie ihr. Denn wir stehen an allen Fronten massiv unter Druck. Wir sind gefordert, mit intelligenten Projekten und neuen Visionen dem zerstörerischen, egoistischen, profitgierigen Neoliberalismus der vergangenen 30 Jahre das Grab zu schaufeln – bevor er als Gespenst wieder aufstehen und sein Unwesen treiben kann. Das überwältigende Rentenklau-Nein am 7. März gerade in unserer Region am Jurasüdfuss hat uns gelehrt, wozu wir fähig sind – und fähig wären, wenn wir geschlossen und entschlossen marschieren. Dabei müssen wir ganz schnell eine linke, auch eine gewerkschaftliche Krankheit besiegen: Dass wir immer gleich mit Dutzenden Forderungen zur Hand sind.

Politik, liebe Kolleginnen und Kollegen, Genossinnen und Genossen, ist keine beliebige Auswahlendung, kein Jelmoli-Katalog, aus dem sich jeder und jede rausgreifen kann, was ihm gerade in den Kram passt. Die Menschen müssen erkennen, dass wir die wichtigen Fragen stellen und die richtigen Antworten geben. Sie müssen verstehen was, wir wollen.

Und sie müssen uns vertrauen können, dass wir mit aller Kraft und Entschiedenheit diese notwendigen politischen Auseinandersetzungen ernsthaft und unbeugsam führen.

Blicken wir politische Landschaft, dann sind es drei Felder, die wir vorrangig beackern müssen:

Es ist erstens die Verteilungsgerechtigkeit. Arbeit muss sich wieder lohnen. Die Löhne müssen steigen. Alle verdienen Kaufkraft, die zu einem anständigen, wohlständigen Leben reicht. Wir dürfen nicht hinnehmen, dass Hunderttausende Lohnabhängige in diesem Land voll und hart arbeiten und am Ende des Monats nicht wissen, wie sie die Rechnungen bezahlen sollen. Wir empören uns zu Recht über die schamlosen Abzocker und wir tun gut daran, jetzt die Anti-Abzocker-Initiative 1:12 der JUSO zu unterschreiben. Die Gier gehört gedeckelt.

Doch damit haben die Arbeitenden und RentnerInnen und Rentner noch keinen Franken mehr im Sack. Darum braucht es jetzt unsere Volksinitiative für einen gesetzlichen Mindestlohn von 4000 Franken. Davon werden alle profitieren, auch die, die den Gewerkschaften sei dank mehr verdienen. Wenn die tiefen Löhne auf ein anständiges Niveau gehoben werden, dann ist das Aufwind für alle Lohnabhängigen. Und diesen Aufwind brauchen wir jetzt, auch im Interesse der Volkswirtschaft.

Das zweite Feld ist die Solidarität unter den Generationen. Wir müssen mit allen Mitteln verhindern, dass Arbeitslosigkeit zur Billiglösung degradiert wird. Arbeitslosigkeit muss kosten, sonst werden die Unternehmer noch leichtfertiger und rücksichtloser entlassen. Darum dürfen wir jetzt nicht zulassen, dass die Leistungen der Arbeitslosenversicherung auf dem Buckel der 30'000 jungen, arbeitslosen Menschen und der Langzeitarbeitslosen massiv gekürzt und die Kosten faktisch auf die Gemeinden und die Haushalte

abgewälzt werden. Darum müssen wir jetzt das Referendum unterstützen und am 26. September die unsoziale und unverantwortliche Revision der Arbeitslosenversicherung dorthin spedieren, wo sie hin gehört: Zurück an Absender! Das ist absolut entscheidend auch mit Blick auf die jämmerliche 11. AHV-Revision, bei der die Frauen mit der Rentenaltererhöhung auf 65 erneut an die Kasse kommen sollen - und gleichwohl die längst fälligen, sozialverträglichen Frühpensionierungslösungen für die Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen hintertrieben werden. Unser Losung muss sein: Arbeit für die Jungen und die verdiente Frühpension für jene, die ein Leben lang hart gearbeitet haben.

Das dritte Feld heisst Industriepolitik. Gerade in einer Industrie- und Uhrenregion wie hier am Jurasüdfuss ist sie wichtig und angesichts der schweren Krise dringend nötig. Wir haben in Bern die Verlängerung der Kurzarbeit auf 24 Monate durchgesetzt. Wir fordern, dass die Nationalbank den gegenüber dem Euro viel zu harten Franken bekämpft, der unsere vielen Exportbetriebe zusätzlich massiv unter Druck bringt.

Doch wir müssen einen ganz entscheidenden Schritt weiter machen. Die Schweiz braucht endlich eine echte Industriepolitik, wie sie bisher ein einziges Mal – nämlich in der Uhrenkrise der 70er Jahre erfolgreich praktiziert wurde. Der Industriesektor der Unia hat einen Pakt für den Werkplatz Schweiz lanciert und fordert einen Produktionsfonds. Wir verlangen, dass Gelder der Pensionskassen statt an der Börse verspielt in die reale Wirtschaft investiert werden, verbürgt durch die Nationalbank. Und dass mit diesen Gelder die notwendige technologische Neuausrichtung der Industriebetriebe in die bereits boomenden, zukunftssträchtigen Bereiche der erneuerbaren Energie wie Sonne und Wind gefördert und beschleunigt. Bauen wir in der Schweiz fünf Solarpanelfabriken mit, im Neuenburger Jura, im Seeland, in der Ostschweiz, im Tessin und im Wallis. Das hiesse: Zehntausende Arbeitsplätze direkt und Hunderttausend Arbeitsplätze in den spezialisierten Zulieferbetrieben.

Für diese sinnvolle Industriepolitik wird unser Unia-Team ab Mitte Mai in der Region unterwegs sein und euch in den Industriebetrieben besuchen. Und am Ende werden wir am 31. Mai zu Sessionsbeginn auf dem Bundesplatz in Bern stehen.

Unia Biel-Seeland / Kanton Solothurn wird dabei mit einem eigenen kreativen Auftritt versuchen, eine besondere Marke zu setzen. Unser Aufruf an die National- und Ständeräte wird sein:

Schafft Jobs statt für Übel & Grübel. Wir verleihen dem Werkplatz Flügel!

Ich lade euch ein: Macht mit. Unterstützt uns. Besucht uns, wenn wir vor euren Betrieben stehen. Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, Genossinnen und Genossen: Nicht die verlorenen Kämpfe sind unsere Niederlagen – sondern die Auseinandersetzungen, die wir nicht führen.

Lange lebe der 1. Mai!

Beat Jost, 1. Mai 2010